

## Rede im Rat der Stadt Übach-Palenberg zum Haushaltsentwurf 2018

Von

Corinna Weinhold  
Rembrandtstr. 13  
52531 Übach-Palenberg  
Unabhängige Wählergemeinschaft  
im Rat der Stadt Übach-Palenberg  
Tel.: 02454-47721  
Fax: 02451-9147548

(Sperrvermerk Montag, den 18. 12. 2017 17,00 Uhr  
Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr verehrte Ratskolleginnen,  
Sehr geehrte Ratskollegen,  
liebe Vertreter der Presse,  
meine Damen und Herren.

„Politik ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die eine Mark haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht“.

(Zitat Manfred Rommel Kommunalpolitiker)

Auf einige Anträge, die hier im Rat gestellt wurden, trifft das leider auch zu.

So sind auch wir in Übach-Palenberg viele Jahre von Anträgen bombardiert worden, die letztlich zu einer Überschuldung geführt haben. Im Jahre 2011 wurde Ü-P aufgrund seiner finanziellen Lage von der Bezirksregierung Köln zur Stärkungspaktkommune erklärt. So sind wir verpflichtet seit 2012 einen Haushaltssanierungsplan bis 2021 aufzustellen. Unsere Konsolidierungsmaßnahmen werden bis dahin jährlich überprüft. Seit 2016 war der Haushalt erstmalig wieder ausgeglichen. Im Jahr 2018 werden aller Wahrscheinlichkeit nach 68,4 Mio. € an Erträgen erzielt bei Aufwendungen in Höhe von 68,2 Mio. €.

Bei einem Überschuss von 200 000,00 € darf aber kein außergewöhnliches Ereignis eintreten.

Die positive finanzielle Entwicklung von Übach-Palenberg ist durch äußerliche Faktoren stark beeinflusst worden.

Hohe Gewerbesteuererinnahmen und minimale Zinsaufwendungen haben dazu beigetragen. Das hat zur Folge, die Gebührenkalkulationen in 2018 bei Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen bleiben konstant.

Erfreulich ist auch die Ausweisung von Neubaugebieten in verschiedenen Stadtteilen. Leider wurde der Stadtteil Palenberg dabei immer noch stiefmütterlich behandelt, das ehemals pulsierende Geschäftsviertel liegt im Koma und eine Nahversorgung findet so gut wie gar nicht mehr statt. Hier ist dringender Handlungsbedarf nötig.

Erfreulich sind die Gewerbeansiedlungen in unserer Stadt und führen auf längerer Sicht zu einem Bevölkerungswachstum.

So zählt z.B. die Lidlansiedlung mit ihren Tochterfirmen zu einem europäischen Großprojekt und schafft auf lange Sicht wertvolle neue Arbeitsplätze.

Erfreulich ist unser breites Schulspektrum ( 5 Grundschulen, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium.)

Um im Wettbewerb mit den Schulen bei

unseren Nachbarstädten mithalten, besteht akuter Handlungsbedarf. Durch Zeitverzögerungen bei den Gebäudesanierungen wurden die Reparaturen im Laufe der Zeit immer kostenintensiver. Da die Probleme nicht immer zeitnah gelöst wurden, führte dies zu einer unerfreulichen Frontenverhärtung und sorgte in der Öffentlichkeit für eine negative Resonanz für unsere Stadt Übach-Palenberg.

Außerdem möchte ich an dieser Stelle anmahnen, dass bis zum heutigen Tag noch Unterlagen fehlen, um den konsumtiven Verbrauch von Mitteln an den Schulen nachvollziehen zu können. An dieser Stelle fehlt der UWG noch immer die nötige Transparenz.

Dass zentrumnahe Parkplätze gebraucht werden, ist unumstritten. Bei den im Raume stehenden Planungsentwürfen muss der finanzielle Rahmen überschaubar bleiben. Nach Meinung der UWG sollte zuerst die Planung der Erneuerung des Rathausplatzes abgeschlossen, und alle Vorschläge diskutiert und gewertet sein.

Auch, bei der in Rede stehenden Neuanmietung am Rathausplatz, sollte unser enger finanzieller Rahmen berücksichtigt werden, alternative Möglichkeiten ausreichend diskutiert, und kostenbewusst gehandelt werden.

Nicht diskutierte Zukunftsvisionen, mehrheitlich durchsetzen zu wollen, scheint uns nicht der richtige Weg zu sein.

Leider befindet sich unsere Wasserversorgung in Ü-P noch immer im Schwebezustand. Seit 30. Juni 2016 ist der Vertrag mit der Enwor beendet. Zwar beliefert Enwor unsere Stadt seit 1. Juli 2016 nach wie vor, aber leider noch zu den alten ungünstigeren Konditionen und das schon seit 18 Monaten, bis zur endgültigen Gerichtsentscheidung.

170000.00 € mussten wir bereits im Vorfeld an das Kreiswasserwerk in Heinsberg bezahlen, um eine weitere Klage zu vermeiden.

Sollte die NEW Niederrhein Wasser GmbH gegen uns gewinnen, was dann?

Wer trägt dann die finanzielle Verantwortung für die angeblich fehlerhafte Ausschreibung?

Muss erneut eventuell auch europaweit ausgeschrieben werden?

Kommt es doch noch zu einer Indoorvergabe, um eine Neuausschreibung zu vermeiden?

Wie sieht die zukünftige Finanzierung des Ü-Bades aus?

2018 wird jedenfalls spannend!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die UWG wird dem Haushaltsentwurf für 2018 nicht zustimmen!

Trotz der von mir soeben aufgezeigten, durchaus positiven Eindrücke und Entwicklungen im städtischen Haushalt gibt es eine Reihe von guten Gründen, die uns zu dieser Entscheidung nötigen. Dabei benenne ich ausdrücklich und vordringlich die mangelhafte oder gänzlich fehlende Information unserer Fraktion oder sogar des gesamten Rates durch den Bürgermeister und seine Verwaltung.

Beispielhaft erwähnen möchte ich die mangelhafte Informationspolitik unseres ersten Bürgers

- beim Baugebiet Mariental
- bei der Baumfällaktion an der Roermonder Straße
- bei den Irritationen um Investitionen an Schulen und den daraus resultierenden Gesprächen mit verantwortlichen Schulleitern

und so weiter und so fort!

Auch lehnen wir den vom Bürgermeister vorgelegten Haushaltsentwurf ab, weil Anträge der UWG nicht oder nicht vollständig beantwortet wurden. Hinweise der Verwaltung auf Prüfung der Leistungsfähigkeit der in Benutzung befindlichen Software, ohne weitere Prüfergebnisse bekannt zu geben, akzeptieren wir nicht.

Die UWG beklagt weiterhin, dass es immer wieder vorkommt, dass die Verwaltung nicht ausreichend diskutierte Vorgänge mit Beschlussvorlagen in die Ausschüsse und Gremien bringt, und mit wichtigen Informationen, die gar nicht, oder zu spät erscheinen, taktierend umgeht.

Wir vermuten, dass Diskussionen und Debatten vermieden werden sollen, was mit den bekannten Mehrheiten im Rat zu Beschlüssen führen soll.

Beispiele dazu konnten Sie, meine Damen und Herren im bald vergangenen Jahr 2017 auch in der Zeitung lesen.

In unserer Demokratie hat der gesamte Stadtrat vor jeder Beschlussfassung das Recht auf rechtzeitige und umfassende Information.

Für die Zukunft fordert die UWG eine vertrauensvollere, intensive und offene Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Stadtverwaltung ein, denn die Qualität der Entscheidung im RAT hängt eben auch entscheidend von der Qualität und der Rechtzeitigkeit der Informationen ab, die alle Fraktionen von der Verwaltung erhalten.

Meine Damen und Herren,

wer die politischen Entscheidungsträger in der täglichen Arbeit unzureichend oder gar nicht informiert, dem unterstellt man auch bei dem hier vorliegenden Zahlenwerk mangelnde Information und Verschleierung.

Vor diesem Hintergrund sehen wir uns nicht in der Lage, dem Haushalt 2018 zuzustimmen.

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit**